

## Pressemitteilung

---

### Ein Trauerspiel:

### **Sozialer Arbeitsmarkt kommt im Rhein-Erft-Kreis nicht voran.**

Ganze sechs neue Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose hat der Rhein-Erft-Kreis im letzten halben Jahr geschaffen. Das ergibt sich aus der Antwort der Kreisverwaltung Rhein-Erft auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, die am morgigen Donnerstag (18.02.21) im Sozialausschuss beraten wird.

„Das ist schon ein Trauerspiel, wie wenig im Kreis zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit getan wird“, zeigt sich der Fraktionsvorsitzende der Linken Hans Decruppe enttäuscht. „Jobcenter und Kreis werden ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht. Dabei stehen Millionenbeträge – auch für unseren Kreis – als Fördermittel des Bundes zur Verfügung, um Menschen in Arbeit zu bringen. Warum wird das nicht genutzt?“

Die Linke kann hier nur soziale Gleichgültigkeit und Ideenlosigkeit vermuten. „Es ist ja insoweit auch bezeichnend, dass z.B. der Jamaica-Koalitionsvertrag mit keinem Wort auf die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eingeht. Sozialer Arbeitsmarkt ist für die Mehrheit im Kreistag aus CDU, FDP und Grünen offenbar ein Fremdwort.“ fasst Decruppe seine Kritik zusammen und befürchtet: „Dies verheißt auch bei den diesjährigen Haushaltsberatung im Kreis wenig Gutes für soziale Politik.“

Verärgert ist die Linke auch, weil der Kreis in seiner Antwort Angaben zu geschaffenen Arbeitsplätzen bei kreiseigenen Gesellschaften mit vorgeschobener Begründung verweigert, denn der Kreis habe als beherrschender Gesellschafter selbstverständlich Anspruch auf Auskunft. Aus diesem Verhalten könne nur geschlossen werden, dass bei den kreiseigenen Gesellschaften wohl nichts passiert sei.

Bergheim, den 17.02.2021

**Hans Decruppe**  
(Fraktionsvorsitzender)

**DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft**  
Lechenicher Str. 23, 50126 Bergheim  
Tel.: 02271-677105  
E-Mail: [info@hans-decruppe.de](mailto:info@hans-decruppe.de)  
[www.die-linke-im-kreistag-rhein-erft.de](http://www.die-linke-im-kreistag-rhein-erft.de)

**Anlagen:** Anfrage der Linken vom 03.02.21 und Beantwortung durch die Kreisverwaltung